



Aktenzeichen: CDU

Datum: 08.02.2023

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

**Resolution zur Flüchtlingskrise
hier: Eilantrag der CDU-Stadtratsfraktion**

Menschen in Not helfen

Bedrohte Menschen, die ihre Heimat verlassen und ihr Hab und Gut zurücklassen müssen, die von Familienmitgliedern und Freunden getrennt werden, die um ihr Leib und Leben fürchten müssen und auf der Flucht in ein anderes, ihnen fremdes Land sind, haben unsere Solidarität und Hilfe verdient. Sie sind in Not.

In Not geratenen Menschen wollen wir helfen, das geht aber nicht unbegrenzt.

Flüchtlingszahlen steigen – Kommunen überfordert

Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2022 mehr Flüchtlinge aufgenommen als im Krisenjahr 2015. Auch im laufenden Jahr hält der Trend zu steigenden Flüchtlingszahlen an. Im Januar 2023 wurden beim BAMF 29.072 Asylerstanträge gestellt. Zum Vergleich: Im Januar 2022 wurden 13.726 Erstanträge gestellt. Die aktuellen Zahlen bedeuten somit eine Zunahme um 111,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit sind noch nicht die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine erfasst. Diese Entwicklung führt neuerlich zu einer erheblichen Belastung der Kommunen, die zunehmend an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht werden.

Das beginnt bei der Unterbringung. Hier stößt nicht nur Frankenthal, sondern immer mehr Kommunen angesichts des ohnehin schon bestehenden großen Mangels an Wohnraum an ihre Grenzen.

Es geht aber noch um viel mehr: Erforderlich sind zusätzliche Plätze in Schulen und Kitas für die Kinder von Geflüchteten – bei bestehendem Lehrermangel und zu wenig Personal in den Kindertagesstätten. Notwendig ist insbesondere auch eine soziale Betreuung durch kommunale Einrichtungen und die Gewährleistung einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Das alles stellt bei begrenzten sächlichen, personellen und finanziellen Ressourcen eine gewaltige Herausforderung bzw. Überforderungen der Kommunen dar.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

Bewältigung der Flüchtlingskrise gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen

Die Bewältigung von Aufnahme, Versorgung und Integration ist eine Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam tragen müssen. Gegenwärtig besteht allerdings ein Ungleichgewicht zu Lasten der Kommunen, das dauerhaft den sozialen Frieden in unserem Land gefährden kann. Wir fordern Bund und Land deshalb auf:

1. Den Kommunen die für die Erfüllung ihrer zusätzlichen Aufgaben notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. D.h. die Kosten für Unterbringung, Integration und gesundheitliche Versorgung der Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge müssen vollständig erstattet werden.
2. Der Bund muss den Ländern zur Unterbringung von Flüchtlingen mehr Bundesimmobilien zur Verfügung stellen, die auch tatsächlich nutzbar sind.
3. Zuwanderung besser zu steuern. Menschen in Not helfen muss geholfen werden aber nicht unbegrenzt. Notwendig ist eine gerechtere Lastenverteilung in Europa und eine Steuerung der Zuwanderung von Fachkräften in den deutschen Arbeitsmarkt, die den hiesigen Bedürfnissen entspricht. Asylrecht und passgenaue Arbeitsmigration müssen getrennt werden.
4. Die illegale Migration zu reduzieren.
5. Die Voraussetzungen für den Vollzug von Asylentscheidungen zu verbessern. Zugleich muss die Landesregierung Asylentscheidungen konsequent umsetzen. Wer keinen Aufenthaltsstatus erlangt, muss in sein Heimatland zurückgeführt werden, sofern keine besonderen Hinderungsgründe vorliegen.